



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

22.03.2019

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711/22572-34
Mobil +49 160/97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

**Zumeldung des Gemeindetags zur Berichterstattung der Südwestpresse:
„Kommission gibt Land Hausaufgaben“ und der Pressemitteilung der BW-
Stiftung: „Expertenkommission „Sicherheit im Wandel“ präsentiert Ergebnisse**

Städte und Gemeinden haben bereits eine starke Vertretung: die Kommunalen Landesverbände

Der Gemeindetag Baden-Württemberg sieht sich durch den heute präsentierten Ergebnisbericht der Kommission „Sicherheit im Wandel“ einerseits bestätigt, was die Finanzierung der Kindergartengebühren und die Verbesserung der Sicherheitslage angeht. Die Idee einer „Kammer der Kommunen“ löste bei Gemeindetagspräsident Roger Kehle allerdings eher Erstaunen aus:

„Es freut uns natürlich, dass die Kommission der Landesregierung ins Hausaufgabenheft schreibt, die Kommunen zu stärken. Wir brauchen dafür aber keine Kammer oder eine weitere politische Ebene, die unnötige Bürokratie verursacht. Unsere Städte und Gemeinden haben bereits eine starke und aktive Vertretung, die sogar in der Landesverfassung verankert ist, nämlich unsere Kommunalen Landesverbände Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag. Auch um Probleme vor Ort schneller und besser angehen zu können, brauchen wir kein neues Gremium. Unsere Landesregierung sollte endlich erkennen, dass es viel mehr bringen würde, finanzielle Mittel direkt an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Die Verantwortlichen in der örtlichen Gemeinschaft wissen am besten, wo man das Geld sinnvoll einsetzen muss.

Qualität der Kinderbetreuung ist wichtiger als Beitragsfreiheit

Bestätigt sieht sich der Gemeindetag bei den Empfehlungen zur Finanzierung von Kitaplätzen. „Auch wir sind davon überzeugt, dass Qualität Vorrang vor Beitragsfreiheit hat“, so Roger Kehle.

Mehr Wohnungen gibt es nur mit mehr Fläche

Positiv wertet der Gemeindetagspräsident auch die Erkenntnis der Kommission, dass ein zentraler Hebel für eine sozialverträgliche Bau- und Wohnungspolitik in der Bodenfrage liegt: „Wir sagen es unserer Landesregierung immer und immer wieder: Niemand wird den enormen Wohnraummangel lösen, wenn die Städte und Gemeinden daran gehindert werden, Flächen dafür ausweisen zu dürfen. Statt also einen Diskutierclub in Form einer „Kammer der Kommunen“ zu eröffnen, würde es weitaus mehr bringen, wenn unsere Landesregierung öfter die Vorschläge umsetzen würde, die ihr die Kommunalen Landesverbände regelmäßig und deutlich unterbreiten.“

Sicherheitspartnerschaften auf alle Städte und Gemeinden ausweiten

Auch der Gemeindetag setzt sich seit längerem für eine Sicherheitspartnerschaft in den Kommunen ein. Darüber spricht der Verband bereits intensiv mit dem zuständigen Innenministerium. „Die heute vorgestellte Kriminalitätsstatistik zeigt erfreulicherweise, dass sich die Sicherheitslage in Baden-Württemberg objektiv verbessert. Dennoch müssen wir vor allem auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen stärken. Wir brauchen aber nicht nur eine oder zwei weitere sichere Städte. Das Ziel des Gemeindetags ist, die Sicherheitspartnerschaften auf alle unsere Kommunen auszuweiten. Alle Bürgerinnen und Bürger, egal wo sie in unserem Land wohnen, haben einen Anspruch auf Sicherheit“, erklärte der Gemeindetagspräsident.